Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 163
19. Oktober

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse: Wilhelm Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT

Die Probleme der deutschen Revolution.
Von Sinowjew 1387

Deutschland
Die Lage in Deutschland. Von Bartz 1389
Für die proletarische Einheitsfront in England zum Schutz der deutschen Revolution 1389
Helft der deutschen Revolution! 1390
Transportarbeiter, schließt die Reihen 1390

Politik.
Von der Volkserhebung zum Klassenkampf.
Von Pepper 1391

Aus Sowjetrußland.
Ein Mahnruf russischer Aerzte an die deutsche Intelligenz 1391

Wirtschaft.
Die deutsche Rentenmark. Von Rolf 1392

Arbeiterbewegung.
Die Tagung der Berliner Gewerkschaftsvorstände . . 1392
Das Ende des tschechoslowakischen Bergarbeiterstreiks. Von Kohn 1393

Aus der Internationale.
Ein Brief des Exekutivkomitees der KI. an die Italienische Sozialistische Partei 1394

Faschismus.
Die faschistische Welle in den Vereinigten Staaten. Von Amter 1394

Die Probleme der deutschen Revolution.

Der klassisch-proletarische Charakter der herannahenden deutschen Revolution.

Von G. Sinowjew.

** Die Ereignisse in Deutschland entwickeln sich mit der Unerbittlichkeit des Schicksals. Den Weg, den die russische Revolution in 12 Jahren, von 1906 bis 1917, zurücklegte, legte die deutsche Revolution in 5 Jahren, von 1918 bis 1923, zurück. Einfache „Koalition", „Große Koalition", Kornilow-Periode (die Ereignisse in Bayern), „Geschäfts-Ministerium", persönliche Kandidaturen (wie die russischen Kischkin und Borischkin), dann wieder die fast große Koalition — ein unaufhörlicher Ministerwechselrummel. Das geschah — „oben". Und unten, in den breitesten Volksmassen, brodelt die Unzufriedenheit, unten flammt der Kampf auf, der in einer sehr nahen Zeit das Schicksal Deutschlands entscheiden wird. Die proletarische Revolution pocht an Deutschlands Türe, was nur ein Blinder nicht sehen kann.

Die herannahenden Ereignisse werden von **welthistorischer** Bedeutung sein. Nach einiger Zeit wird es jedem klar werden, daß die Herbstmonate des Jahres 1923 nicht nur in der Geschichte Deutschlands, sondern auch über Deutschland hinaus, in der Geschichte der ganzen Menschheit, einen Wendepunkt darstellen. Mit bebenden Händen wendet das deutsche Proletariat das wichtigste Blatt in der Geschichte des Weltkampfes der Arbeiterklasse. Die Stunde schlägt. Es beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte der proletarischen Weltrevolution.

Welchen sozialen Inhalt wird die herannahende deutsche Revolution haben? Welche Klasse wird ihre Hauptträgerin, ihre Führerin sein? Werfen wir vor allem einen Blick auf die soziale Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung. Im Jahre 1920 zählte Deutschland insgesamt 59,4 Millionen Köpfe. Die erwachsene Bevölkerung dieser Gesamtzahl zergliedert sich folgendermaßen:

Land- und Forstwirtschaft	9 825 000
Industrie und Bergbau	14 570 000
Handel, Verkehr und Gastwirtschaft . .	5 000 000
Persönliche Dienste	330 000
Oeffentliche Dienste und freie Berufe .	2 440 000
Berufslose	1 700 000
Zusammen . . .	33 865 000*)

*) Fußnote siehe nächste Seite.

Die sogenannten „Selbständigen", das heißt ein bedeutender Teil der Eigentümer wurde in die Gruppe „Berufslose" oder „Unbeschäftigte" aufgenommen. Das Bild wird noch klarer, wenn wir die Zahlen anführen, die die Klassengliederung der Bevölkerung **innerhalb** jeder der genannten Gruppen noch ausführlicher kennzeichnen. Nachstehende Tabelle beleuchtet das soziale Gerippe Deutschlands in klarer Weise:

	Selbständige	Halbproletarier	Angestellte	Arbeiter
Landwirtschaft	1 180 750	1 275 500	196 500	7 172 000
Industrie	550 000	1 200 000	1 020 000	11 800 000
Handel	500 000	1 000 000	1 000 000	2 500 000
Persönl. Dienste	—	—	—	330 000
Freie Berufe	500 000	—	1 000 000	950 000
Berufslose	1 700 000	—	—	—
	4 430 750	3 475 500	3 216 500	22 752 000

Also: 4½ Millionen „Selbständige", 3½ Millionen Halbproletarier, 3¼ Millionen Angestellte und 22¾ Millionen Arbeiter. Die Zahl der Arbeiter, selbst wenn wir von den Angestellten und halbproletarischen Elementen absehen, ist zweimal so groß als die der übrigen Gruppen zusammen. **In der Industrie:** ½ Millionen Eigentümer, 12 Millionen Arbeiter, über eine Million Angestellte und 1¼ Millionen Halbproletarier und Halbeigentümer. **In der Landwirtschaft:** Ueber 7 Millionen Arbeiter, 1¼ Millionen Gutsbesitzer und große Landwirte, 1¼ Millionen Halbproletarier und 200 000 Angestellte. **Im Handel:** ½ Millionen Eigentümer, 3½ Millionen Arbeiter und Angestellte, 1 Million Halbproletarier. **In den freien Berufen:** ½ Million Selbständige, 2 Millionen Arbeiter und Angestellte.

Die soziale Basis der herannahenden Revolution ist ganz klar ersichtlich. **In den Städten ein absolutes Ueberwiegen der Arbeiter.** In diesem Sinne ging die Arbeiterklasse Deutschlands in einer oder der anderen Weise mit der gegenrevolutionären deutschen Sozialdemokratie. Solange diese Riesenklasse auf dem „friedlichen" Wege herumirrte, die Revolution zu vermeiden und sich das Stückchen Brot ohne Bürgerkrieg zu sichern versuchte, solange konnte die deutsche Bourgeoisie beruhigt sein. Das ganze Wesen des „gegenwärtigen Augenblicks" besteht darin, daß heute der Augenblick gekommen ist, wo diese Riesenklasse sich davon überzeugt hat, daß sich die Geschichte nicht über-

listen läßt, daß es für die Rettung des Landes und der Arbeiterklasse keinen anderen Weg gibt, als die Revolution. Von dem Augenblick an, wo die Arbeiterklasse Deutschlands der Sozialdemokratie den Rücken kehrte und sich den Kommunisten zuwandte, ist das Schicksal Deutschlands besiegelt. Kleine Verzögerungen sind möglich. Diese oder jene Varianten im kalendarischen Programm der kommenden deutschen Ereignisse sind ebenfalls möglich, allerdings nur in ganz minimalen Grenzen.

Die sieben Millionen landwirtschaftlicher Arbeiter werden auch im deutschen Dorfe dem Gang der herannahenden entscheidenden Ereignisse einen unverwischbaren Stempel aufdrücken. Als die proletarische Revolution in Rußland infolge des Widerstandes der Gutsbesitzer- und Großbauernschichten des Dorfes gegen diese Schichten einen wirklichen Krieg führen mußte, blieb der russischen Revolution nichts anderes übrig, als die städtischen Proletarier mit Waffen zu versehen und sie gegen die Großbauern in den bewaffneten Kampf zu führen. Im besten Falle konnten sich die aus den Städten kommenden bewaffneten Arbeitertruppen auf eine bedeutende Unterstützung der armen Bauern, der gewesenen Frontkämpfer usw. stützen. In Deutschland wird die Sache in dieser Beziehung viel glatter verlaufen. Man wird lediglich proletarische Führer aus der Stadt ins Dorf zu entsenden brauchen. Die Hauptarbeit in der Unschädlichmachung (genauer gesagt: in der Vernichtung) der Gutsbesitzer- und Großbauern-Gegenrevolution werden im Dorfe die landwirtschaftlichen Arbeiter selbst besorgen, die schon heute in großen Massen mit dem Kommunismus sympathisieren. Die deutschen Großbauern — eigentlich kleine Gutsbesitzer— sind natürlich vorzüglich organisiert. Sie werden versuchen, dem proletarischen Regime einen wütenden Widerstand entgegenzusetzen. Wer aber über die oben angeführten Zahlen nachdenkt, der wird nicht daran zweifeln können, welche Partei den Sieg davontragen wird.

Die herannahende deutsche Revolution wird eine **klassisch-proletarische** Revolution sein. Die 22 Millionen Arbeiter bilden den Grundkern des internationalen Proletariats; sie stellen das Grundkapital der internationalen Revolution dar. Nach der großzügigsten Berechnung hatte Rußland im Jahre 1907 bei einer Gesamtbevölkerung von 160 Millionen 8—10 Millionen Arbeiter, Deutschland aber bei einer Gesamtbevölkerung von 60 Millionen mehr als 20 Millionen Arbeiter. Bei uns war die Arbeiterklasse letzten Endes ein Häuflein, in Deutschland bildet sie den Hauptkern, die Mehrheit der Bevölkerung. Die deutschen Arbeiter haben fast bis zum letzten Manne eine Elementarbildung. Die deutschen Arbeiter machten eine vortreffliche Schule der Organisation durch. Sie sind gebildet. Sie nahmen in der Mehrzahl in der Armee an dem imperialisitischen Krieg teil, und daher werden sie die besten revolutionären Soldaten sein. Sie haben bei der Sozialdemokratie eine schwere, aber dafür lehrreiche Schule durchgemacht.

---

*) Die angeführten Zahlen sind dem „Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1922/23" (Verlag der Kommunistischen Internationale, Carl Hoym Nachflg. Louis Cahnbley, Hamburg 8, S. 613—614) entnommen. In demselben Jahrbuch finden wir in dem Artikel des Genossen Varga über „Klassengliederung" (Seite 226) in bezug auf Deutschland folgende Angaben:

Herrschende Klasse	4 400 000
Halbproletarische Elemente	3 500 000
Arbeiter und proletarische Angestellte	26 000 000

Die letzte offizielle gewerbliche Zählung in Deutschland wurde im Jahre 1907 durchgeführt. Diese Zählung ergab folgende Ziffern:

Gesamtzahl der deutschen Bevölkerung	55 765 460
Hiervon sind beschäftigt:	
In der Produktion und im Handel	26 176 168
Ohne Beruf sind	3 404 933
Von den in der Produktion Beschäftigten entfallen auf:	
Selbständige	5 801 365
Arbeiter	14 250 982
Familienmitglieder von Arbeitern, die gleichfalls in der Produktion beschäftigt sind	4 287 883
Hauspersonal	1 042 129
Gesamtzahl der proletarischen Bevölkerung	19 580 994
Angestellte	1 588 168

Da die Bevölkerung Deutschlands seit dem Jahre 1907 um 10 Prozent gestiegen ist und der Konzentrationsprozeß des Kapitals und die Proletarisierung der mittleren Bevölkerungsschichten in einem sehr raschen Tempo vor sich ging, müssen die Zahlen des Jahrbuches der Wahrheit sehr nahe kommen.

Zuletzt erwähnen wir, daß in die Zahlen des Jahrbuches auch die „Familienmitglieder, die an der Produktion teilnehmen" aufgenommen sind; außerdem beziehen sich diese Zahlen auf ganz Deutschland, einschließlich der gegenwärtig besetzten Gebiete.

Die Hauptsache ist aber, daß die deutsche Revolution über eine mächtige industrielle Basis verfügt. Es ist wahr, die deutsche Industrie befindet sich heute in einer schweren Lage. Von Deutschland wurde Elsaß-Lothringen mit seinen großen Naturschätzen abgetrennt. Deutschland verlor einen großen Teil Ostpreußens, Oberschlesiens, es verlor Memel, Danzig, den nördlichen Teil von Schleswig, das Saargebiet und endlich das Ruhrgebiet. Deutschland ist natürlich nicht in der Lage, die 132 Milliarden Goldmark zu bezahlen, die die Entente auf Grund des Versailler Vertrages von ihm fordert. Aber im Grunde genommen verfügt die deutsche Industrie über eine riesengroße Macht. In diesem Sinne bleibt die Voraussage des Genossen Lenin richtig, daß es in Europa (besonders in solchen Ländern Europas wie Deutschland) schwerer sein wird, die proletarische Revolution zu beginnen, daß es aber viel leichter sein wird, sie fortzusetzen und zu Ende zu führen. Das deutsche Proletariat ist zahlenmäßig im Uebergewicht, sowohl in der städtischen Industrie, wie auch in der Landwirtschaft. Die Technik machte nirgends so große Fortschritte wie in Deutschland. Der Kern der qualifizierten Arbeiter, die sich mit Erfolg an die Spitze der sozialistischen Wirtschaft stellen können, ist nirgends so kompakt wie in Deutschland.

Das deutsche Proletariat kann heute nicht mehr zu früh — im historischen Sinne des Wortes — die Macht ergreifen. Das wußte einst sogar Kautsky, der schon im Jahre 1909 in seinem letzten revolutionären Werk „Der Weg zur Macht" darauf hinwies. Die objektiven Voraussetzungen für den Sieg der deutschen Revolution sind schon lange reif. Und der Krieg 1914—18 sowie alle mit dem Kriege und dem Versailler Frieden zusammenhängenden Ereignisse schufen die übrigen Voraussetzungen für den wirklichen Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland.

Die deutsche Revolution wird eine **klassisch-proletarische** Revolution sein. Das bedeutet allerdings nicht, daß die gesamte übrige Bevölkerung Deutschlands „eine reaktionäre Masse" bilden wird. Im Gegenteil! Das neue eigentümliche Kennzeichen der deutschen proletarischen Revolution wird eben in jener besonderen Rolle bestehen, die die städtischen „kleinbürgerlichen Massen" — Beamte, untere und mittlere Angestelite, Kleinhändler usw. — in ihr spielen werden. Man kann sogar sagen, daß dieselbe Rolle, die die kriegsmüden Bauern in der russischen Revolution spielten, die durch die Zerstörungen erschöpften, durch die Entwicklung des Kapitalismus an den Rand des wirtschaftlichen Abgrundes getriebenen breiten Schichten der städtischen Kleinbourgeoisie in der deutschen Revolution spielen werden. Diese Schichten schwanken natürlich zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie. Sie werden vielleicht im Laufe der Revolution noch öfter auf die Seite der Gegner der Revolution treten. Aber sie bilden die Hauptkraft der Revolution. Der Hauptträger der revolutionären Idee bleibt natürlich **das Proletariat in Stadt und Land.** Aber dennoch stellen die schwankenden Schichten des städtischen Kleinbürgertums heute einen bedeutenden Faktor im Verhältnis der Kräfte dar. Sie sind gewissermaßen der Hintergrund des Bildes. Es ist dem revolutionären Proletariat Deutschlands bereits gelungen, einige Schichten des Kleinbürgertums in verhältnismäßig kurzer Zeit zu neutralisieren und sich sogar teilweise ihrer Unterstützung zu versichern. Schon heute nimmt eine Anzahl der Angestellten, der unteren Beamten usw. an den illegalen Betriebsräteversammlungen teil, die unter der Führung der deutschen Kommunistischen Partei stehen.

Wir wußten — das lehrte uns unser Lenin —, daß sich jede große Revolution in einem neuen Lande in einer ihm eigentümlichen Weise entwickeln wird. Wir wußten, daß die deutsche Revolution nicht einfach das wiederholen kann, was wir in der russischen Revolution gesehen haben, daß sie unbedingt eigene Charakterzüge aufweisen wird. Heute gibt es schon keinen Zweifel daran, daß einer dieser eigentümlichen Charakterzüge gerade in der Rolle der städtischen Kleinbourgeoisie in der deutschen Revolution besteht.

Der klassisch-proletarische Charakter der Revolution — und eine günstigere Haltung der städtischen Kleinbourgeoisie dem revolutionären Proletariat gegenüber — ist denn das miteinander vereinbar? Liegt denn darin kein innerer Widerspruch? Keineswegs.

Die Stellungnahme der deutschen städtischen Kleinbourgeoisie ist hervorgerufen einerseits durch die brutale Politik der Entente, die alles Mögliche und Unmögliche aufbot, um diese Bevölkerungsschicht zu erbittern und in Verzweiflung zu bringen, und andererseits durch die erzbeschränkte engherzige Klassenpolitik der deutschen Großbourgeoisie, die, unbekümmert um den morgigen Tag, die zahlenmäßig starken Schichten der städtischen Kleinbourgeoisie mit ihrer ganzen Politik an den Rand des wirtschaftlichen Abgrundes getrieben hat. Als Marxisten wußten wir auch ehedem aus der Theorie, daß das Großkapital die städtische Kleinbourgeoisie zermürbt und vernichtet, indem es einen großen Teil dieser städtischen Kleinbourgeoisie proletari-

siert. Aber besonders anschaulich zeigt sich das Bild dieses Prozesses im Maßstabe eines großen Staates — und wir sehen das jetzt in Deutschland zum ersten Male in großem Umfang.

Die Verelendung des Kleinbürgertums nahm in Deutschland einen unerhörten Grad an. Und das bewegt einen Teil der kleinbürgerlichen Intelligenz zur Unterstützung der Arbeiter. Bedeutende Schichten derselben städtischen Kleinbourgeoisie, die in Rußland kraft der Verhältnisse eine lange Zeit hindurch unser unversöhnlichster Gegner und die verläßlichste Stütze der „sozialrevolutionären" Gegenrevolution waren, sind in Deutschland zum Teil bereits so stark demoralisiert, daß sie in den herannahenden Ereignissen nicht mehr als ein ernster Faktor auftreten können werden; zum Teil ist die Stimmung dieser Gruppe so, daß sie sich im entscheidenden Augenblick entweder neutral verhalten, oder an die Seite der Arbeiter treten wird. Der unerhörte Finanzbankrott Deutschlands traf die städtische Kleinbourgeoisie sehr empfindlich. Die Tatsache, daß der Besitzer eines Zigarettengeschäftes in Berlin sein Geschäft zumacht und ein Plakat aushängt, in dem er kundgibt, daß seine Existenz durch die Preissteigerung und den Marksturz vernichtet ist, daß er daher seinen Laden schließt und zur Kommunistischen Partei übergeht, ist keine Anekdote, sondern ein eigenartiges Symbol.

Bei einer richtigen Politik kann eine proletarische Macht in Deutschland den dauernden und völligen Sieg der deutschen Revolution vollkommen sichern, da die Unterstützung des deutschen Proletariats plus eines Teiles der städtischen Kleinbourgeoisie der proletarischen Macht die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung innerhalb des Landes sichert. Und das ist die Hauptbedingung der Behauptung der Macht.

Die herannahende deutsche Revolution wird, wie wir sagten, eine klassisch-proletarische Revolution sein. Das schließt aber keineswegs eine weitblickende und nachgiebige Politik dem Kleinbürgertum gegenüber aus, sondern ist gerade ihre Voraussetzung. Die deutsche Revolution macht sich die Hauptlehren der russischen Revolution nutzbar, sie wird jedenfalls bestrebt sein, die Fehler der russischen Revolution zu vermeiden. Die proletarische Revolution in Deutschland wird sich vom ersten Schritte des neuen Staatsaufbaues an die ungeheure Wichtigkeit der Arbeit an der Herstellung eines befriedigenden Verhältnisses zwischen Stadt und Land einerseits und zwischen dem Proletariat und der städtischen Kleinbourgeoisie andererseits vor Augen halten. Die deutsche proletarische Revolution wird kaum zu einer überstürzten Nationalisierung des Handels und der Kleinindustrie, der kleinen Grundstücke usw. greifen. Wenn der Widerstand der Klein- und Mittelbesitzer die proletarische Regierung Deutschlands im Interesse der Verteidigung der Revolution nicht zu den äußersten Maßnahmen zwingen wird, wird diese Regierung zweifelsohne eine richtige, vorsichtige und höchst aufmerksame Politik gegenüber diesen Schichten führen. Die revolutionäre Macht in Deutschland wird von ihren ersten Schritten an bestrebt sein müssen, eine solche Politik gegenüber der Kleinbourgeoisie, der Intelligenz, den Kleingewerbetreibenden, der Klein- und Mittelbauernschaft zu führen, die die Sympathie der Kleinbourgeoisie in Stadt und Land für das proletarische Regime Deutschlands auf die Dauer sichern wird.

Gerade weil die proletarische Revolution in Deutschland über ein so festes Eisenbetonfundament verfügt, gerade weil das Proletariat in der deutschen Revolution ein so großes Uebergewicht haben wird, wird es sich den Luxus erlauben können, alles zu vermeiden, was die Kleinbourgeoisie abstoßen könnte. Gerade weil die materiellen Voraussetzungen für die Durchführung einer ganzen Reihe von großen wirtschaftlichen Maßnahmen sozialistischen Charakters im heutigen Deutschland so reif sind, wird sich das deutsche Proletariat, wenigstens in der ersten Zeit, über die Lebensinteressen der städtischen Kleinbourgeoisie nicht in brutaler Weise hinwegsetzen.

Welche Wunder der Energie das gestählte, gebildete, zur Organisiertheit erzogene, 20 Millionen starke deutsche Proletariat offenbart, wenn es sich zum entscheidenden Kampf um den Sozialismus erheben wird, davon können wir uns heute nicht einmal eine Vorstellung machen.

Deutschland

Die Lage in Deutschland.

Von Wilhelm Bartz.

Berlin, 19. Oktober 1923.

** Die Zuspitzung der Ereignisse erfolgt nicht in einer geraden Linie. Vor zwei Tagen sandte General Müller der Sächsischen Regierung das bekannte Ultimatum. Die Rechtspresse verkündete triumphierend: „Jetzt geht es los!" Auch die Arbeiterschaft horchte auf. In Berlin faßten die Vertreter aller Gewerkschaften den Beschluß, daß bei Einsetzung der Reichsexekutive gegen Sachsen der Generalstreik proklamiert werden soll. Auch der sozialdemokratische Parteivorstand griff ein; er entsandte sowohl zur Regierung als auch zum Reichspräsidenten eine besondere Delegation. Als die Frist des Ultimatums des Generals Müller abgelaufen war und er keine Antwort erhielt, lenkte er plötzlich ein. Er schrieb einen Brief an den „sehr geehrten" Herrn Ministerpräsidenten Zeigner und überließ das weitere dem Reichswehrminister. Zweifellos eine Entspannung der Lage für den Augenblick.

Wenn jetzt die Rechtsblätter so krampfhaft behaupten, daß General Müller von der Regierung vorbehaltlos gedeckt wird, so scheint das lediglich eine Rückzugskanonade zu sein, mit der die Bloßstellung des Generals Müller verdeckt werden soll.

Ueber die wirkliche Entscheidung der Regierung liegt noch nichts vor. Die offiziösen Presse-Büros verbreiten immer wieder Nachrichten, die mit den Worten beginnen: „wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird", und die zum Inhalt haben, „daß die Regierung nunmehr mit der Reichsexekutive gegen Sachsen beginnen würde". Die Nachrichten werden in den meisten Fällen nicht dementiert, aber die Tatsachen beweisen, daß diese Ankündigungen der Wahrheit vorauseilen. Es hat den Anschein, als wenn manche Pressestellen der Regierung auf eigene Faust Politik treiben, die sie dann als eine Politik der Regierung ausgeben. Sie machen eine regelrechte Rechtspolitik im Sinne der Deutschnationalen und Völkischen, eine Politik, die der Politik einer Koalitions-Regierung nicht entspricht, die ihrem inneren Wesen nach Kompromisse nach rechts und mitunter auch nach links machen muß. Diese Stellen bilden somit eine Art Nebenregierung, eine „schwarze" Regierung, die sich im Gegensatz zur schwarzen Reichswehr durchaus nicht im Hintergrunde hält, sondern eine aktive Politik betreibt und die Regierung gewöhnlich vor vollendete Tatsachen stellt. Diese Nebenregierung untergräbt die Stellung der „starken" Regierung, die durch das Ermächtigungsgesetz mit Vollmachten ausgerüstet ist, wie sie noch keine deutsche Regierung besaß.

Eine weitere Schwächung der Stellung der Regierung wird durch die Haltung Poincarés herbeigeführt. Die Unversöhnlichkeit, mit der die deutschen Vorschläge in Paris immer wieder abgelehnt werden, schwächt die Stellung der Regierung der Großen Koalition, die seinerzeit zu dem Zwecke gebildet wurde, um mit Frankreich zur Verständigung zu kommen. Daß sie nicht nur keine Verständigung erlangen, sondern nicht einmal Verhandlungen führen kann, auf Schritt und Tritt gedemütigt wird, macht diese Regierung vollends wurzellos. Diese Tatsache muß sich in kürzester Zeit in einer Krise offenbaren, in der tatsächlich die Entscheidung fallen muß: entweder Rechtsregierung oder Regierung aller Werktätigen.

Inzwischen verschärft sich die wirtschaftliche Lage von Stunde zu Stunde. In weniger als einer halben Woche ist der Dollar auf das Anderthalbfache gestiegen. Die Folge wird eine ebenso starke Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel sein. Die Teuerungsunruhen haben nunmehr auch das gesegnete Land Bayern ergriffen, und daß sich dort die Krawalle nicht nur vor den Bäckereien, sondern auch vor den Schlächtereien abgespielt haben, beweist, daß auch der sogenannte Mittelstand von der Unzufriedenheit ergriffen ist, und daß die großen Hoffnungen, die auf den Diktator Kahr gesetzt wurden, in ein Nichts zerrinnen.

Seit acht Tagen hat sich die Situation ungeheuer zugespitzt. Im einzelnen allerdings sind sowohl auf seiten der Reaktion als auch in der Abwehrfront der Werktätigen Rückschläge zu verzeichnen. In Berlin bestehen noch immer keine gemeinsamen Aktionsausschüsse der Arbeiter, in Hamburg weigern sich die Sozialdemokraten, die Koalition mit den Bürgerlichen zu brechen. Im Großen und Ganzen aber hat die Abwehrfront eine ungeheure Stärkung erfahren, gewaltige Massen befinden sich in Gärung. Doch auch der Zusammenschluß bei der Rechten hat Fortschritte gemacht. Die Konfliktsmöglichkeiten haben sich ungemein vermehrt.

Für die proletarische Einheitsfront in England zum Schutz der deutschen Revolution!

** Der Sekretär der Kommunistischen Partei Groß-Britanniens, Genosse Inkpin, hat an die britische Arbeiterpartei ein Schreiben gerichtet, das auf den Ernst der Situation in Deutschland hinweist. In dem Brief heißt es u. a.: „Die Zentrale der Kommunistischen Partei hält es für notwendig, daß die britische Arbeiterpartei eine bestimmte Erklärung über ihre Stellung zu den Vorgängen in Deutschland abgibt. Es kann nicht geleugnet werden, daß die britische Arbeiterbewegung

an den deutschen Ereignissen stark interessiert ist — nicht nur aus allgemeinen Gründen der Solidarität, sondern ganz besonders durch die Anwesenheit der britischen Truppen in Köln, und vor allem durch den erheblichen moralischen Einfluß, den jede Stellungnahme der britischen Arbeiterbewegung ausüben würde. Die Entwicklung der reaktionären Militärdiktatur und die Bedrohung der Lebenshaltung und Arbeitszeit des deutschen Proletariats ist sehr beunruhigend und muß auch unsere eigene Lage beeinflussen. Dazu kommt die Möglichkeit, die bereits in der Presse angedeutet wurde: daß Ententetruppen gegen die deutschen Arbeiter eingesetzt werden könnten. Wenn die britische Arbeiterpartei durch eine bestimmte und rechtzeitige Erklärung solchen Drohungen entgegentreten und gleichzeitig ihre Solidarität mit den deutschen Arbeitern bei ihrem jetzigen Kampf kundtun würde, so wäre dies der jetzigen Situation durchaus angemessen."

Helft der deutschen Revolution!

Das Internationale Propaganda-Komitee der revolutionären Transportarbeiter an die Eisenbahner, Seeleute, Transportarbeiter aller Länder!

** Die deutsche Arbeiterschaft steht am Vorabend der Revolution.

Der unerhörte Raubzug des deutschen Großkapitals, Hand in Hand mit dem Raubzug Poincarés an der Ruhr zwingt sie bei Strafe des Untergangs, den Kampf um die Macht aufzunehmen.

Der **Markentwertungsschwindel** wirft jeden Tag größere Milliardenbeträge in den Schoß der Kapitalisten und stößt die Arbeiter jeden Tag in unerträglichere Not.

Bei **Löhnen, die unter denen chinesischer Kulis** stehen, sind die Preise über das Weltmarktniveau gestiegen.

Bei riesenhafter **Arbeitslosigkeit** wird der Zehn- und Zwölfstundentag eingeführt.

Hinter der Kulisse der demokratischen Republik und der sozialdemokratischen Minister richtet das Kapital **mit Faschismus und Hungerpeitsche seine Diktatur auf.**

Kulilöhne und Zehnstundentag in Deutschland bedeuten Kulilöhne und Zehnstundentag in allen europäischen Ländern.

Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland bedeutet die vereinigten Arbeiter- und Bauernstaaten Europas.

Das weiß das Weltkapital. Und es handelt danach.

Mit der Ruhrbesetzung hat es den ersten Schlag gegen die deutsche Revolution geführt. Sobald sie ausbricht, werden weitere Schläge folgen: Einmarsch französischer, polnischer, tschechoslowakischer Truppen, Blockade, Produktions- und Verkehrssabotage.

Dieser tödlichen Gefahr steht die internationale Arbeiterschaft zersplittert und führerlos gegenüber. Teils sind die Führer, wie die Noske und Mussolini, offen in das Lager des Gegners übergegangen. Teils halten sie, wie die Oudegeest, Johaux und Leipart, in einer Blindheit, die nicht weniger frevelhaft als Verrat ist, die Arbeiter mit bürgerlichen Betrugsmanövern, mit „Völkerbund" und „Arbeitsgemeinschaft", vom Kampf ab. Ihre Schuld ist es, daß die größten Armeen des Proletariats, der ADGB. mit seinen zehn, der Amsterdamer Gewerkschaftsbund mit seinen zwanzig Millionen Mitgliedern, untätig dastehen.

Wieder und immer wieder haben die Rote Gewerkschafts-Internationale und das Internationale Propagandakomitee der revolutionären Transportarbeiter Amsterdam vergeblich zu gemeinsamer Aktion aufgefordert.

Noch einmal rufen wir ihm zu: Jetzt oder nie ist die Stunde zum Handeln! **Wer heute die Einheitsfront sabotiert, ist Verbrecher am Proletariat!**

Aber zugleich, über die Köpfe der Führer hinweg, wenden wir uns an die Transportarbeiter aller Länder:

Kameraden! Wenn die Führung von oben versagt, müßt Ihr die Aktion und die Einheit von unten auf erzwingen.

Unter Anspannung aller Kräfte müßt Ihr die Massen zur Unterstützung der deutschen Revolution mobilisieren. Trefft alle Vorbereitungen! Laßt Euch nicht überrumpeln wie 1914.

Bildet überall örtliche Aktionskomitees aus Vertretern sämtlicher bestehenden Verbände der Eisenbahner, Seeleute und Transportarbeiter! In Deutschland, in Frankreich, in der Tschechoslowakei ist das bereits in zahlreichen Orten geschehen.

Schafft in allen wichtigen Häfen, an allen Eisenbahnknotenpunkten, Grenzstationen und an den Produktionsstätten selbst Kontrollstellen zur Verhinderung des Kriegsmaterial- und Truppentransports! Stellt sofort die Verbindung zwischen diesen Kontrollstellen her! Einzelaktionen sind zwecklos!

Versucht die Munitionsarbeiter und die Soldaten in Eure Aktionen einzubeziehen!

Transportarbeiter! Ihr steht auf vorgeschobenem Posten. Munitions- und Truppentransport zur Niedermetzelung der deutschen Arbeitsbrüder ist schlimmer als Streikbruch. In Eurer Hand liegt es, die Pläne des Kapitals zunichte zu machen! In Eurer Hand liegt der Schutz des kämpfenden deutschen Proletariats!

Hoch die deutsche Arbeiter- und Bauernregierung!

Nieder mit der kapitalistischen Intervention!

Transportiert keinen Schuß Pulver, keinen Soldaten für die deutsche Bourgeoisie!

Das Internationale Propaganda-Komitee der revolutionären Transportarbeiter.

Transportarbeiter, schließt die Reihen!

Aus einem von der Konferenz der Vertreter der Bezirke und Ortskomitees der Moskauer Eisenbahndirektion an die Transportarbeiter aller Länder gerichteten Aufruf geben wir folgende Stellen wieder:

** In der gegenwärtigen schweren Stunde größter Gefahr für Millionen von Proletariern sind der energische Kampf, die Einheit und der Zusammenhalt aller Gewerkschaften nicht mehr Fragen einer abstrakten Solidaritätsidee, sondern es geht hier um Leben und Tod des gesamten Proletariats.

Die Eisenbahner bilden den wichtigsten Stoßtrupp der internationalen Arbeiterbewegung. Ihre Einheit ist heute mehr denn je nötig. Noch nie trat der internationale Charakter des Klassenkampfes so zutage wie gegenwärtig. Noch nie war die Verbindung einzelner Teile des Proletariats ein so wichtiges Gebot der Stunde, wie gegenwärtig.

In der Durchführung dieser Einheit kann das Eisenbahnerproletariat die entscheidende Rolle spielen. **Die internationale Einheitsfront der Transportarbeiter kann die gesamte Arbeiterklasse in Reih und Glied stellen.**

Und darum wird die Schaffung der Aktionskomitees, die Einberufung des internationalen Kongresses aller Transportarbeiter-Organisationen auf Grund der Berliner Beschlüsse durch die allgemeine gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage der Arbeiterklasse diktiert.

Die Konferenz der Vertreter der Bezirke, Ortskomitees und Vertrauensmänner — 2000 Vertreter von 80 000 Eisenbahnern der Moskauer Eisenbahndirektion — brandmarkt mit Entrüstung die Haltung des rechten Flügels der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, der das Berliner Abkommen gesprengt hat.

Die Konferenz ruft alle Eisenbahner der Welt zur Fortsetzung des Kampfes um die Einheitsfront auf, um die Diktatur der Bourgeoisie niederzuringen.

Die Konferenz wendet sich an alle Bruderorganisationen Frankreichs, Englands, der Tschechoslowakei, Polens, Jugoslawiens, Rumäniens, Italiens und anderen Ländern mit der Aufforderung, der eigenen Bourgeoisie nicht zu erlauben, die deutsche Revolution abzuwürgen, denn die Verantwortung aller Werktätigen der Welt vor der deutschen Revolution ist ungeheuer groß.

Man muß begreifen, daß der Abwürgung der deutschen, die Niederlage der russischen Revolution folgen wird. Dann hat der faschistische Terror freie Hand, und die Arbeiterbewegung aller Länder wird um einige Jahrzehnte zurückgeworfen werden. **Die Verteidigung der deutschen Revolution ist für die Arbeiter jedes Landes zugleich auch eine Selbstverteidigung.** Darum müssen die Arbeiter aller Länder alle ihre Organisationen kampfbereit machen und dem kämpfenden deutschen Proletariat unumschränkte Hilfe leisten.

Genossen! Die Arbeiterklasse will Frieden. Es ist die einzige Klasse, die im kapitalistischen Kriege nichts gewinnen, aber alles verlieren kann. Sie will keinen Krieg, der das wachsende Elend der Arbeiter aller Länder und ihre Ausbeutung zum Ziele hat, der ihnen die Ketten der Sklaverei noch fester anschmiedet.

Seid bereit, um im Notfalle, so wie im Jahre 1920, als Ihr das Weiße Ungarn boykottiert habt und als Ihr die Munitionssendungen für Polen während des Krieges mit Rußland nicht zugelassen habt, mit allen Mitteln die Entfachung eines neuen Krieges zu verhindern.

Krieg dem Kriege!

Nieder mit der Reaktion! Nieder mit dem Kapitalismus!

Es lebe die siegreiche deutsche Revolution!

Es lebe die III. Kommunistische Internationale!

Das Präsidium der Konferenz der Delegierten der Bezirke und Ortskomitees der Moskauer Eisenbahndirektion.

Politik

Von der Volkserhebung zum Klassenkampf.

Von John Pepper (New York).

** Der Klassenkampf führt dazu, daß der politische Ausdruck der einzelnen Klassen immer klarer wird. Die amerikanische demokratische Tradition mit ihrer Koalition der verschiedenen Klassen in derselben politischen Partei beginnt zu verschwinden. Eine charakteristische Tatsache in dieser Hinsicht ist die Schaffung einer neuen Massenorganisation in Minnesota, der Arbeiter- und Bauernvereinigung (Farmer Labor Federation), hinter der 120 000 Werktätige stehen. Minnesota war der erste Staat, wo die Arbeiter und Landwirte mit den alten kapitalistischen Parteien, den Republikanern und Demokraten brachen und eine eigene Partei als mächtige Massenbewegung schufen. Die Kandidaten der Farmer Labor Federation, Shipstead und Magnus Johnson, wurden mit einer gewaltigen Majorität gewählt. Sie erhielten 3- bis 400 000 Stimmen. Es war dies eine Volksauflehnung gegen das Großkapital, und zwar nicht nur eine Bewegung der Arbeiter und ausgebeuteten Bauern, sondern auch der wohlhabenden Landwirte und der kleinen Geschäftsleute; ja sogar kleinstädtische Bankiers und kleine Fabrikanten schlossen sich den unzufriedenen Elementen an. Es war eine Volkserhebung, aber keine Klassenbewegung. Das war ihre starke und auch ihre schwache Seite. Die starke Seite zeigte sich darin, daß die Bewegung einen schnellen Sieg erfocht, die schwache Seite tritt darin hervor, daß die Bewegung von der Ideologie beschränkter Kleinbürger und selbstsüchtiger wohlhabender Bauern beherrscht wird. Der Sieg der Arbeiter- und Bauernvereinigung von Minnesota war eine furchtbare Niederlage unseres Todfeindes, der Kapitalistenklasse, aber die Arbeiter und die armen Bauern waren dabei nicht die wirklichen Sieger.

Auf die Dauer ist es unmöglich, daß dieselbe Partei die Interessen von Klassen vertritt, die von einander so verschieden sind, wie kleine Fabrikanten auf der einen Seite und Arbeiter auf der anderen Seite, und wie arme Bauern auf der einen, und wohlhabende Landwirte auf der anderen Seite. Es war von Anfang an klar, daß die Koalition der verschiedenen Klassen, die unter dem Namen der Arbeiter- und Bauernvereinigung in Minnesota gesiegt hatte, auseinanderfallen würde.

Es ist interessant, daß der erste Kampf innerhalb der Arbeiter- und Bauernvereinigung über die Frage der Organisation und noch nicht über die Frage des Programms entbrannte. Die Arbeiter- und Bauernvereinigung in Minnesota ist keine wirkliche Parteiorganisation, sondern sie ist eine kleine Maschinerie, die den Staat beherrscht, und daneben stehen 400 000 Wähler. Bei den letzten Wahlen war die Arbeiter- und Bauernvereinigung als solche unorganisiert. Aber hinter ihr standen drei organisierte Kräfte: erstens die kleine offizielle Parteimaschine, bestehend aus Politikern, Advokaten und Journalisten, aber ohne Massen; zweitens, die „Parteilose Liga" (Non-Partisan League), die sich aus den Organisationen der Landwirte zusammensetzt; drittens die „Parteilose Liga des arbeitenden Volkes" (Working People's Non-Partisan League), die aus Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen besteht. Während des letzten Wahlkampfes hatten diese drei organisierten Elemente häufig Konflikte mit einander. Es ist klar, daß die Arbeiter- und Bauernvereinigung in Minnesota bei den nächsten Wahlen 1924 nicht siegen kann, wenn die Lage so bleibt wie jetzt: die Arbeiter gesondert organisiert, die Landwirte gesondert organisiert, und die Partei selbst als Partei überhaupt nicht organisiert, sondern nur verkörpert durch eine kleine Führergruppe, die abwechselnd die Arbeiter gegen die Bauern, und die Bauern gegen die Arbeiter ausspielt und sich so an der Macht erhält. Die Arbeiter von St. Paul und Minneapolis erkannten als erste die Gefahr, die in dieser Situation liegt, und forderten eine richtige Parteiorganisation. Die offizielle Parteileitung unter Führung von Pike, Shipstead und Magnus Johnson begann sofort eine heftige Opposition gegen diesen Plan. Als aber die Forderung nach einer wirklichen Parteiorganisation auch die Bauernmassen ergriff, änderten die Parteiführer ihre Taktik. Sie legten jetzt selbst den Plan einer Parteiorganisation vor, aber einen solchen, nach dem die Herrschaft der wohlhabenden Landwirte und kleinen Geschäftsleute über die Arbeiter und armen Bauern unbedingt gesichert wäre.

Die Arbeiter und armen Bauern schlugen vor, daß die Partei sich auf die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Bauern, auf die Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften und Landwirtsverbände aufbauen sollte. Jede dieser Organisationen sollte Delegierte schicken, und diese Delegierten sollten den Parteitag bilden und die Entscheidung über die Politik der Partei haben. Die offizielle Parteileitung dagegen empfahl eine Organisation auf geographischer Grundlage. Die Delegierten zum Parteitag sollten auf die einzelnen Distrikte des Staates entfallen, und zwar je nach der Stimmenzahl, die dort bei der letzten Wahl für Johnson abgegeben wurde.

Ueber diese Frage entspann sich eine interessante Auseinandersetzung zwischen dem „Minnesota Star", dem Organ der Parteiführung und dem „Minnesota Union Advocate", dem Organ des Gewerkschaftskartells des Staates. Der „Minnesota Star" hob hervor, daß nur ein Parteitag, zusammengesetzt gemäß der Wählerzahl, den Grundsätzen der Demokratie entspreche. Das amerikanische Volk wolle eine Massendemokratie, aber keine Diktatur. Darauf erwiderte der „Minnesota Union Advocate", daß eine derartige Zusammensetzung des Parteitages töricht wäre und daß die Opposition Pikes gegen eine Zusammensetzung des Parteitages nach den Wirtschaftsorganisationen zeige, daß er die politischen Kräfte nicht versteht. Tatsächlich entständen die politischen Bewegungen aus den wirtschaftlichen Interessen. Die Arbeiter- und Bauernvereinigung sei erwachsen aus dem Streben der produzierenden Elemente nach Ausdruck ihres politischen Willens und nach Beeinflussung der gesetzgebenden Körperschaften. Aber Pike bleibe immer noch bei der Einbildung, daß die reine Demokratie und die abstrakte Gerechtigkeit die Grundlagen der Politik seien. Das Blatt fährt fort: „Das sind gerade die Formeln, mit denen die Politiker das Volk stets irre geleitet und ihre Taschen gefüllt haben. Aber die Arbeiter und Bauern von Minnesota wissen, daß die Arbeiter- und Bauernpartei aus den wirtschaftlichen Interessen dieser Schichten erwachsen muß. Die Arbeiter und Bauern sind entschlossen, ihre Zeit, ihr Geld und ihre Mühe nicht auf eine politische Bewegung zu verwenden, die von gewissen Leuten auf falsche Bahnen gelenkt wird."

Diese Diskussion in Minnesota über die Form der Parteiorganisation ist eines der wichtigsten Ereignisse in der gegenwärtigen Politik der Vereinigten Staaten. Es ist das erste Anzeichen dafür, daß die arbeitenden Schichten Amerikas zu der Einsicht kommen, daß reine Demokratie und abstrakte Gerechtigkeit ein Schwindel seien, der die arbeitenden Massen schädigt. Die Arbeiter- und Bauernvereinigung von Minnesota gehört zwar offiziell der Vereinigten Arbeiter- und Bauernpartei Amerikas (Federated Farmer-Labor-Party) nicht an. Auf der letzten Tagung der Arbeiter- und Bauernvereinigung von Minnesota wurde ein Antrag auf Anschluß an die Vereinigte Arbeiter- und Bauernpartei aus formalen Gründen nicht zur Abstimmung gebracht. Aber die Arbeiter- und Bauernvereinigung von Minnesota beruht auf denselben Grundsätzen wie die Vereinigte Arbeiter- und Bauernpartei. In beiden Organisationen handelt es sich darum, daß der linke Flügel der Arbeiterbewegung die Schaffung einer großen selbständigen Arbeiterpartei erkämpft.

Aus Sowjetrußland

Ein Mahnruf russischer Aerzte an die deutsche Intelligenz.

** In einer Vollversammlung der Moskauer Aerzte sprach Genosse Ehrenfried Wagner über die „Lage in Deutschland". Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Nach dem Vortrag Dr. Wagners über die Lage der Aerzte in Deutschland, konstatiert die Vollversammlung der Moskauer Aerzte vom 17. September 1923: Die schweren Lebens- und Arbeitsbedingungen der deutschen Aerzte haben unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Krise in Deutschland infolge der räuberischen Politik des französischen Imperialismus und der deutschen Kapitalisten gegenwärtig einen besonders ernsten Charakter angenommen.

Die schwere Lage der deutschen Aerzte und der wissenschaftlichen Arbeiter auf der einen Seite und die Bereicherung eines kleinen Häufleins von Kapitalisten auf der anderen Seite bedroht in hohem Grade die weitere Entwicklung der medizinischen Wissenschaft.

Dieser Lage der deutschen Aerzte muß die gesamte gebildete Welt und besonders die russische Aerzteschaft ihre ernsteste Aufmerksamkeit widmen.

Die Vollversammlung der Moskauer Aerzte erachtet es für notwendig, ständige Beziehungen zu den deutschen Aerzten anzuknüpfen, um ihnen jede mögliche moralische und materielle Unterstützung erweisen zu können. Die Beratung über die zu treffenden Maßnahmen für die Herstellung von Beziehungen zu

den deutschen Aerzten überträgt die Versammlung dem Büro der Aerztesektion bei dem Allrussischen Verbande der Arbeiter des Gesundheitswesens.

Als eins derjenigen Mittel, die die Lage der deutschen Aerzte möglichst schnell zu verbessern geeignet sind, betrachtet die Versammlung die Festigung der gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Aerzte und die Vereinigung der deutschen Aerzte in einen einheitlichen Verband mit sämtlichen auf dem Gebiete der Gesundheitspflege beschäftigten Arbeitern Deutschlands nach dem Muster unserer russischen Gewerkschaft der Arbeiter des Gesundheitswesens.

Die Versammlung der Moskauer Aerzte empfiehlt ihren deutschen Kollegen, die Fehler der russischen Intellektuellen nicht zu wiederholen.

In dem jetzt bevorstehenden Kampfe der revolutionären Arbeiter gegen die Kapitalisten müssen sich die deutschen Aerzte dem fortgeschrittenen Proletariat voll und ganz anschließen und das Proletariat in seinem heroischen Kampf zur Befreiung der Arbeiter Deutschlands mit allen Kräften unterstützen."

Wirtschaft

Die deutsche Rentenmark.

Von Rolf (Berlin).

** Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, das der Regierung Stresemann—Schmidt, dem zweiten Kabinett Stresemann, freie Hand gewährt, auf Grund der verschleierten Diktatur des Großkapitals in Deutschland, ist die neue Währung in Deutschland eingeführt worden. Sie stellt einen Kompromiß dar zwischen den Entwürfen der **Großagrarier** (Helfferichs) und denen des **Reichsverbandes der deutschen Industrie**, ein Kompromiß insofern, als von beiden Entwürfen die schlechten und arbeiterfeindlichen Maßnahmen zusammengekoppelt wurden.

Die Papiermark bleibt als Zahlungsmittel bestehen. Das bedeutet, daß der deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte weiter in nicht wertbeständiger Papiermark bezahlt wird, während die Produkte sämtlich in Rentenmark berechnet werden. Das stellt eine große Schädigung des deutschen Arbeiter und Angestellten dar, da mit der unwertbeständigen Papiermark weitere Möglichkeiten gegeben sind, sein Realeinkommen zu vermindern, bezw. es zum mindesten dauernd auf äußerst niedriger Basis zu halten.

Die Hauptbedeutung der deutschen Rentenmark jedoch, die von einer selbständigen Rentenbank ausgegeben wird, liegt in der **völligen Unterstellung des Reiches** unter diese Rentenbank, einem völlig **privaten** Institut, dessen Kapital zu gleichen Teilen von der Landwirtschaft einerseits, von Industrie, Gewerbe, Handel und Banken andererseits eingebracht wird, dessen Leitung völlig in der Hand der Großagrarier und Industrie liegt. Da das Reich mit Gründung der Rentenbank keinerlei Schatzwechsel mehr von der Reichsbank diskontiert erhält — seit Jahren war dies fast die einzige Einnahmequelle des Reiches, so in der letzten Dekade des Septembers zu 99,98 Prozent, während nur 0,02 Prozent der Ausgaben durch Einnahmen gedeckt waren —, sondern vielmehr auf den Kredit der Rentenbank angewiesen ist, geht klar und deutlich seine völlige Abhängigkeit von den Beherrschern der Rentenbank, den Großagrariern und der Schwerindustrie hervor. Dieser **Kredit** des Reiches beträgt für die nächsten zwei Jahre höchstens **1,2 Milliarden** Rentenmark.

Als Garantie für diese Rentenmark dient eine **hypothekarische** Belastung des Grundeigentums bzw. des Eigentums der Industrie. Man muß hierbei an die „mandats territoriaux" der französischen Revolution erinnern, einem ähnlichen Währungs-Stabilisierungsversuch, der genau wie die Rentenmark auf hypothekarischer Belastung des Grundbesitzes bzw. auf völligem Staatsbesitz an (enteignetem) Grundbesitz begründet war. Auch diese „mandats territoriaux" haben in recht kurzer Zeit völlig ihre Wertbeständigkeit verloren und sind gänzlich wertlos geworden.

Welches ist die **Bedeutung der Einführung der Rentenmark** für die deutsche Wirtschaft? Wir haben oben kurz skizziert, welche Folgen sie für das **deutsche Proletariat** hat. Die Papiermark wird zur Rentenmark in keine Relation gebracht. Die Papiermark wird sich viel stärker noch entwerten, vor allem wird die Papiermark stark sinken in ihrer Bewertung innerhalb Deutschlands, da mit Ausnahme der Lohn und Gehalt empfangenden Bevölkerung die übrige Wirtschaft sich auf Rentenmark umstellen wird, soweit sie es nicht vorzieht, bei Berechnung in **ausländischer Währung** zu bleiben oder dazu überzugehen.

Für das Reich bedeutet die Einführung der Rentenmark das völlige Aufgeben eigener Finanzhoheit zugunsten der des Großkapitals und der Großagrarier. In seinen Einkünften und Krediten abhängig von der Rentenbank, bedeutet die Rentenmark völlige Unterwerfung in der Reichsführung, in der inneren und äußeren Politik, unter das Diktat der Beherrscher der Rentenbank.

Für diese jedoch bedeutet die Einführung der Rentenmark die Möglichkeit der völligen Diktatur in Deutschland und der verschärften Ausbeutung des Reichsvermögens und der deutschen Arbeiterschaft. Diese völlige Herrschaft über Deutschland erlangen sie, ohne irgendein Opfer zu bringen, da die hypothekarische Belastung sie nicht in irgend welchen Formen trifft, da diese Belastung keinerlei Eingriff in ihr Sachvermögen bedeutet.

Gelingt es, die Rentenmark wertbeständig zu machen? Gelingt es dem von seinen Kapitalisten in Gemeinschaft mit den ausländischen Kapitalisten ausgebeuteten Deutschland tatsächlich, eine wertbeständige Währung zu schaffen? In der Form, die der Rentenmark gegeben wird, in den Bedingungen, die bei ihrer Gründung gemacht worden sind, ist das Gegenteil, die Unmöglichkeit einer wertbeständigen Währung, verankert.

Die Industrie hat zur Bedingung gemacht, daß ihr im Außenhandel völlig freie Bahn gelassen wird. Sie hat eine Herabsetzung der Steuern, der Einnahmequellen des Reiches verlangt. Damit ist es dem Reiche unmöglich gemacht, mit dem im Gesetze vorgesehenen Kredit von 1,2 Milliarden Rentenmark seine Ausgaben zu bestreiten. Die Industrie entzieht dem Reich jegliche Möglichkeit, mit scharfen Steuern oder Vermögenserfassung gegen das Großkapital oder die Großagrarier vorzugehen. Bereits ist die Kohlensteuer aufgehoben. Bereits ist die Zwangsanleihe und Vermögensabgabe fallen gelassen worden. Die letzten Bindungen in der Außenhandelskontrolle sind beseitigt worden oder sollen in wenigen Tagen entfernt werden. Damit ist der Industrie erneut die Möglichkeit gegeben, große Kapitalien aus Deutschland inn das Ausland zu bringen; damit ist dem Reiche jede Möglichkeit genommen, irgend wie regelnd auf die Aktivität oder Passivität seiner Handelsbilanz Einfluß zu nehmen. **Aktive Handels- und Zahlungsbilanz jedoch ist die erste Voraussetzung für die Stabilisierung einer Währung.** Die Regierung der verschleierten Diktatur des Großkapitals, die Regierung der Großen Koalition ebensowenig wie jede andere bürgerliche Regierung oder Koalitionsregierung der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien ist imstande, Maßnahmen zu ergreifen, um eine Währung tatsächlich zu stabilisieren.

Erst eine Arbeiter- und Bauernregierung wird in Deutschland die Möglichkeit haben, eine stabile Währung für die Werktätigen zu schaffen; erst eine Arbeiter- und Bauernregierung wird eine stabile Währung schaffen durch Sachwerterfassung, durch Produktions- und Außenhandelskontrolle durch die Organe der Arbeiterschaft.

Arbeiterbewegung

Die Tagung der Berliner Gewerksdhaftsvorstände.

** Die am Mittwoch den 17. Oktober im Saalbau Friedrichshain zusammengetretenen **Vorstände der Berliner Gewerkschaften** nahmen nach einem Referat des Vertreters des ADGB., **Graßmann**, und nach dem Korreferat **Walchers** mit überwältigender Mehrheit (rund 1500 gegen 50 Stimmen) folgende Resolution an:

„Angesichts der ungeheuren Gefahren, die der gesamten Arbeiterschaft drohen, angesichts des grenzenlosen Elends der breiten Massen, angesichts der Versuche, die Arbeiterregierung in **Sachsen** und **Thüringen** mit Gewalt niederzuschlagen, um die Arbeiterschaft des ganzen Reiches wirtschaftlich und politisch zu knebeln, erklärt die Versammlung: Sollte es dieselbe Reichsregierung wagen, die in Bayern Verfassung und Gesetz ruhig vergewaltigen läßt, **ihre bewaffnete Macht gegen die sächsische und thüringische Arbeiterschaft zu senden**, so erwartet die Versammlung, daß auf dieses Attentat unverzüglich die einzig mögliche Antwort von den Spitzen der Gewerkschaften erteilt wird: **die sofortige Proklamierung des Generalstreiks!**

In zwölfter Stunde ruft die Versammlung der Arbeiterschaft im ganzen Reich zu, eine eiserne Notfront zu bilden und zu diesem Zweck in jedem Betrieb, in jedem Ort gemeinsame Aktionsausschüsse zu schaffen.

Der Vorstoß des Stinnes-Kapitals, das in provozierender Weise die Aufhebung des Achtstundentages verlangt, beweist, daß die kapitalistischen Kreise auf den Entscheidungskampf hindrängen. Die Arbeiterschaft steht vor der Frage, ob sie sich widerstandslos niederwerfen und in Fesseln schlagen lassen will, oder ob sie ihre riesige Kraft einsetzen und ihre Widersacher zu Boden schlagen will.

Wenn die Arbeiterschaft einig ist, wenn die Arbeiter, Angestellten, Beamten, wenn alle eine Phalanx bilden, ist ihnen der Sieg sicher. Vereinigt Euch in dem Ruf:

Nieder mit dem Belagerungszustand! Hände weg vom Achtstundentag! Hände weg vom Roten Mitteldeutschland! Es lebe die Einheitsfront! Rüstet zum Kampf! Rüstet zum Generalstreik! Es geht um Leben und Tod der Arbeiterklasse!

Das Ende des tschechoslowakischen Bergarbeiterstreiks.

Von Rudolf Kohn (Prag).

** Nach einem sieben Wochen dauernden schweren Kampfe haben die tschechoslowakischen Bergarbeiter den in allen Kohlenrevieren geführten Generalstreik gegen die Bergherren mit der Zustimmung zu einer 10—13 prozentigen neuerlichen Lohnherabsetzung beenden müssen. Die sozialistische Regierungspresse der Tschechoslowakei sieht in diesem Ausgang einen Erfolg der Bergarbeiter gegenüber den ursprünglichen Anmaßungen der Grubenherren, die kommunistische Presse ganz einfach eine Niederlage. In Einem sind sich die Tageszeitungen beider Richtungen einig: sie erklären übereinstimmend, daß die Bergarbeiter den Ausgang dieses Kampfes der tschechoslowakischen Regierung zu verdanken haben. Die regierungssozialistischen Blätter wollen damit sagen, daß ohne das Eingreifen der Regierung die Niederlage der Bergarbeiter noch größer gewesen wäre; die kommunistischen Blätter wiederum weisen nach, daß ohne den Druck der Regierung zugunsten der Kohlenbarone der Streik diesmal mit einem Siege der Bergarbeiter geendet hätte. Lassen wir die Tatsachen sprechen, um der internationalen Arbeiteröffentlichkeit zu zeigen, wessen eine Koalitionsregierung, in der zur Hälfte sozialistische Minister sitzen, fähig ist.

Bekanntlich war der jetzt beendete Streik der fünfte Lohnkampf der tschechoslowakischen Bergarbeiter in den letzten zwei Jahren. Nach den vorhergegangenen vier Streiks, die sämtlich verloren wurden, hat die Regierung nie danach gefragt, ob der bei den Bergarbeitern durchgeführte Lohnabbau in einem entsprechenden Kohlenpreisabbau seinen Ausdruck gefunden hat. Zwei Jahre hatte die Regierung Zeit dazu, um die Produktionskosten im Kohlenbergbau einer Kontrolle zu unterziehen und festzustellen, welcher von den an der Produktion beteiligten Faktoren — Kapital oder Arbeit — noch fähig ist, zugunsten des Kohlenpreisabbaues Opfer zu bringen. Tatsächlich hätte sich die Regierung bei einer derartigen Kontrolle davon überzeugt, daß der allergrößte Teil der gekürzten Arbeiterlöhne in den Taschen der Bergherren stecken geblieben war. Kaum war jedoch im Juli der Kollektivvertrag im Mährisch-Ostrauer Kohlenbecken gekündigt worden, und der Konflikt zwischen den Unternehmern und den Arbeitern ausgebrochen, als die Regierung mit dem Plane hervortrat, bei dieser Gelegenheit die Preise der Kohle zu „regulieren". Der sozialdemokratische Arbeitsminister Srba erklärte anläßlich einer Besprechung mit den Ostrauer Bergherren, die Regierung sei bereit, die staatliche Kohlenabgabe, die unpopulärste indirekte Steuer, die längst hätte beseitigt werden müssen, herabzusetzen, wenn auch die Bergwerksbesitzer und die Arbeiter entsprechend zum Preisabbau beitragen. Später brachte dann dieser Minister einen Vermittlungsvorschlag ein, dem entsprechend die Kohlenpreise um 5 Kronen per 100 kg herabgesetzt werden sollten; hierzu sollte die Regierung durch eine Herabsetzung der Kohlensteuer um 2 Kronen, die Unternehmer durch eine Verminderung ihres Gewinnes gleichfalls um 2 Kronen, die Arbeiter durch eine neuerliche Lohnherabsetzung um 18 %, d. h. um 1 Krone beitragen. Der „Vermittlungsvorschlag", mit dem sich der sozialdemokratische Vorsitzende der Bergarbeiterkoalition, Abgeordneter Brozik, einverstanden erklärte, wurde von den Bergarbeitern abgelehnt, und der Kampf mit den Unternehmern aufgenommen.

Obgleich es klar war, daß es sich in diesem Kampfe um die Abwehr der beginnenden zweiten Offensive der tschechoslowakischen Kapitalisten auf die gesamte Arbeiterschaft handelte, war es der Regierung durch ihr Eingreifen gelungen, den Kampf in breiten Bevölkerungsschichten unpopulär zu machen und bei den indifferenten Massen den Eindruck zu erwecken, als wären es die Bergarbeiter, die durch ihren Streik den Kohlenpreisabbau verhindern wollen.

Nachdem einmal der Kampf begonnen hatte und die Unternehmer erklärt hatten, daß sie mit den Bergarbeitern während des Kampfes nicht zu verhandeln gewillt sind, wäre anzunehmen gewesen, daß auch die Führer der kämpfenden Organisationen wenigstens im Anfang des Kampfes dieselbe Taktik einschlagen werden. Aber gleich in der ersten Streikwoche machten der tschechische sozialdemokratische Bergarbeitersekretär Brozik und der deutsche sozialdemokratische Bergarbeitersekretär Pohl den Unternehmern Angebote, durch die sie sich bereit erklärten, auf eine Lohnherabsetzung von 5—8% einzugehen. Gleich damals war es klar, daß die Regierung, die mit ihrem ersten Vermittlungsvorschlag kein Glück gehabt hatte, mit einem zweiten Vermittlungsvorschlage erst, wenn die Bergarbeiter völlig erschöpft sein werden, hervortreten wird, und daß dieser zweite Vorschlag sich ungefähr in der Mitte zwischen ihrem ersten Vorschlage und dem Angebot der Bergarbeitersekretäre, d. i. zwischen 10 und 13 % bewegen wird. Zu diesem Angebot an die Unternehmer, durch das die Bergarbeitersekretäre der Absicht der Regierung stark entgegenkamen, hatte die reformistischen Verbandsfunktionäre **niemand bevollmächtigt.**

Nach sieben Wochen hielten die Regierung und die reformistischen Führer die beiden Verbände der Bergarbeiter für genügend erschöpft, um den Streik abzuwürgen. Zwar war es in keinem einzigen Revier zu irgendeinem Streikbruch gekommen, zwar erklärten sich die Bergarbeiter bereit, weiterzukämpfen, zwar stand es außer Zweifel, daß in der achten und neunten Streikwoche, selbst wenn der Streik isoliert bleibt und nicht auf die anderen Arbeiterkategorien übergreift, die Wirkungen des Streikes sich bereits auf das empfindlichste bemerkbar machen werden, und besonders in der Zuckerindustrie, in der die Rübenverarbeitung nicht mehr verschoben werden konnte, zu einer unerträglichen Kalamität führen müssen — aber wenn nach sieben entbehrungsreichen Kampfwochen die Streikleitung erklärte, für eine Fortführung des Kampfes nicht mehr die Verantwortung zu übernehmen, dann konnte sie damit rechnen, daß die Mehrzahl der Delegierten sich ihrem Diktat fügt. Noch in der sechsten Streikwoche hatten die Vertreter der Bergarbeiter alle Versuche, sie für eine Beendigung des Streikes zu gewinnen, abgewiesen. Als ihnen aber nach sieben Wochen der Abgeordnete Brozik auf der Reichskonferenz erklärte, daß die Bedingungen, unter denen der Streik beendet werden soll, von der Regierung diktiert werden, und daß die Gewerkschaftszentralen jede Unterstützung des Streikes versagen, blieb den Delegierten nichts anderes übrig, als sich diesem Diktat zu fügen. Die Beendigung des Streikes wurde mit 58 Stimmen gegen 13 Stimmen der kommunistischen Delegierten beschlossen.

An diese Kapitulation der Bergarbeiterscaft haben die reformistischen Gewerkschaftsführer ihr gerüttelt Maß Schuld. Beide Amsterdamer Gewerkschaftszentralen, die tschechische und die deutsche, ebenso wie die tschechische nationalsozialistische Gewerkschaftszentrale hatten konsequent alle von der Roten Gewerkschaftszentrale und dem Internationalen Allgewerkschaftlichen Verband an sie ergangenen Aufforderungen, den Bergarbeitern die gemeinsame Hilfe der übrigen Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen und wenn es nötig sein wird, den Streik zu erweitern, sabotiert; erst in der sechsten Streikwoche war es unter dem Druck der Arbeiterschaft zu der ersten Beratung der Zentralen gekommen. Aber auch in dieser Beratung wurden keine Beschlüsse gefaßt, und alle Anträge des IAV. abgelehnt. Erst in der siebenten Streikwoche, wenige Tage vor Beendigung des Streikes, wurde beschlossen, Sammlungen für die Streikenden einzuleiten und eine Intervention bei der Regierung durchzuführen. Ein aktives Eingreifen zugunsten der Streikenden wurde aber weiterhin nicht in Betracht gezogen und die Anträge des IAV. wurden verworfen. Dabei verlangte der IAV. vorerst nur, daß auf den Eisenbahnen keine Kohle befördert werde und die gesamte Arbeiterschaft der Tschechoslowakei einen eintägigen Manifestationsstreik als Solidaritätskundgebung mit den Bergarbeitern veranstaltete. Diese Anträge wurden als demagogisch und staatsfeindlich von der gesamten regierungssozialistischen Presse auf das schärfste bekämpft.

Dabei gaben die Fachblätter der reformistischen und nationalistischen Eisenbahnerorganisationen selbst zu, daß der Lohnabbau bei den Bergarbeitern das Signal zu einem weiteren Abbau der Bezüge der Eisenbahner bedeuten werde. Ihr gegenseitiges Mißtrauen verhinderte jedoch diese Organisationen, auch die geringste Aktion gemeinschaftlich zu unternehmen. Die größte dieser Organisationen, die nationalsozialistische Jednota, muß auf ihren Parteiangehörigen, den gegenwärtigen Eisenbahnminister Stribrny mehr Rücksicht nehmen als auf irgendwelche gemeinsamen Interessen der Arbeiterschaft.

So wurde im Laufe dieses Streikes vor der tschechoslowakischen Arbeiterschaft klar demonstriert, daß die politische Koalition der Sozialisten mit der Bourgeoisie ihren Parteiangehörigen in den Streikleitungen und Gewerkschaftszentralen die Hände bindet und sie dazu zwingt, den Willen der Arbeiter zu ignorieren und dem Willen der Kapitalisten Rechnung zu tragen. Die Arbeiter haben diese Erkenntnis teuer bezahlt. Aber mit jeder neuen derartigen Erfahrung verlieren viele von ihnen ein Teil ihrer klassenfriedlichen Illusionen.

Aus der Internationale

Ein Brief des Exekutivkomitees der KI. an die Italienische Sozialistische Partei.

Liebe Genossen!

** Die Italienische Sozialistische Partei bildet ein anschauliches Beispiel dafür, wie verräterische Führer eine Arbeiterpartei zugrunde richten. Diese Rolle spielten früher Turati und Modigliani, jetzt Nenni und Vella. Kann man sich einen schlimmeren Verrat an der Sache des Proletariats vorstellen?

Wie Euch bekannt ist, Genossen, hat die Erweiterte Sitzung der Exekutive der Komintern sich bereit erklärt, der italienischen Sozialistischen Partei die größten Zugeständnisse zu machen. Die Komintern war sofort bereit, die Sozialistische Partei als sympathisierende Partei in ihren Bestand aufzunehmen, ungeachtet des gegenrevolutionären Verhaltens der jetzigen Führer der Partei. Es ist selbstverständlich, daß diese Zugeständnisse nicht um aller dieser Nennis und Vellas willen angeboten wurden. Die Komintern wußte, daß Italien sich gegenwärtig in einem außergewöhnlichem Zustande befindet. Die italienische Arbeiterklasse ist durch die Ketten Mussolinis gefesselt. Es ist sehr schwer, sich eine schwierigere Lage unserer Klasse vorzustellen. Wir wissen, daß Ihr, Arbeiter, die Ihr Euch in den Reihen der Italienischen Sozialistischen Partei befindet, und mit ihr fühlt, aus vollem Herzen mit der Komintern sympathisiert. Und wir wissen, daß nur der weiße faschistische Terror und die künstlichen Machinationen Eurer sogenannten Führer Euch vom Anschluß an die Komintern zurückhalten. Und wir wissen auch, daß die Hauptaufgabe im heutigen Italien in der Vereinigung aller revolutionären Kräfte des Proletariats besteht. Darum waren wir bereit, alles mögliche zu tun, um Euren Anschluß an unsere Internationale zu erleichtern.

Nenni und Vella beabsichtigen auch in Zukunft, in gewissenloser und unverschämter Weise den Interessen der Bourgeoisie zu dienen. Sie sind bereit, jedes zur Verfügung stehende Mittel anzuwenden, nur um den Zusammenschluß der italienischen Sozialistischen Partei mit dem revolutionären Proletariat zu verhindern und wollen dadurch die Kräfte der Partei lähmen. Um den Herren Nenni und Vella die Durchführung ihrer verräterischen Arbeit nicht zu erleichtern, führte die Komintern langwierige Verhandlungen mit dem jetzigen Zentralkomitee der italienischen Sozialistischen Partei und widerlegte alle Argumente, die gegen den Anschluß an die Komintern angeführt wurden. Nun ist die Lage vollkommen klar: **Nenni und Vella sind bewußte Streikbrecher gegenüber der internationalen Organisation des Proletariats.** Solche Genossen wie Serrati und Maffi sind aus der Partei durch die Lakaien der Bourgeoisie ausgeschlossen worden, nur, weil sie ehrlich für die Komintern eingetreten sind. Leute, die soviel von der Demokratie reden, erlauben es nicht, daß Serrati und Maffi eine Zeitung herausgeben, die die Ansichten der italienischen Arbeiter wiedergibt.

Genossen! Ihr müßt Euch über folgendes klar sein: Solange Ihr an der Spitze Eurer Partei Herren wie Nenni und Vella dulden werdet, wird die Italienische Sozialistische Partei kein revolutionärer Faktor sein können, und sie wird der Möglichkeit beraubt sein, sich der Komintern anzuschließen. Das, was die konsequenten Reformisten offen machen, das tun die Halbreformisten vom Schlage eines Nenni oder Vella in verhüllter Form. In Worten Radikalismus, in der Praxis Durchführung der Aufträge Mussolinis: die Parteieinheit in einer für die Partei schicksalsschweren Stunde zu zerschlagen, wie das Nenni und Vella tun, und den Anschluß der italienischen Sozialistischen Partei an die Komintern mit allen Mitteln zu verhindern, bedeutet ja nichts anderes, als die Aufträge Mussolinis durchzuführen.

In dem Augenblick, wo die deutsche Revolution heranmarschiert, wo die ehrlichen Proletarier der ganzen Welt daran denken, wie sie das deutsche Proletariat unterstützen wollen, wo nur die Komintern der Sache der proletarischen Revolution treu geblieben ist, und die 2. Internationale sich zersetzt, in dem Augenblick, wo in Italien selbst die Orgien des Faschismus ihren Höhepunkt erreichten, wo es keinen Tag gibt, ohne daß Proletarierblut fließt und die besten Kämpfer des Proletariats in den Kerkern schmachten — in demselben Augenblick verwandeln Nenni und Vella ihre Zeitung „Avanti" in ein Spielzeug der Bourgeoisie und untergraben die Kräfte der Partei.

Die Komintern fordert Euch auf, die Reihen zu schließen! **Kämpft, ohne aus der Sozialistischen Partei auszutreten, Hand in Hand mit der Kommunistischen Partei Italiens, der einzigen Partei, die bis zum letzten Blutstropfen der Sache des Proletariats dienen wird.** Die Mehrheit Eurer Partei steht heute schon nicht mehr an der Seite der Agenten der Bourgeoisie, an der Seite von Nenni und Vella. Zwingt diese Herren, ihre Vollmachten niederzulegen und nehmt das Schicksal der Partei in Eure eigenen Hände. Erlaubt es nicht länger, daß ein paar Handlanger der Bourgeoisie, die sich für Sozialisten ausgeben und einen faschistischen Putsch innerhalb der Partei vorbereiten, auch weiterhin als Eure Führer gelten sollen. Rettet die Ehre der italienischen Sozialistischen Partei! Die Komintern ist sich vollkommen klar über die Schwierigkeit Eurer Lage. Sie bietet alles auf, um Euren Anschluß an die internationale Arbeiterfamilie zu erleichtern.

Nieder mit den Spaltern!

Nieder mit den Agenten der Bourgeoisie, die in die Italienische Sozialistische Partei eingedrungen sind!

Es lebe der Zusammenschluß aller revolutionären Arbeiter Italiens zum Kampf gegen den Faschismus und Reformismus aller Schattierungen!

Erhebt Eure Stimme für die Einheit der Italienischen Sozialistischen Partei, für die revolutionäre Taktik Eurer Partei, für die Säuberung Eurer Reihen von Streikbrechern und Halbreformisten, für das Zusammenarbeiten aller revolutionären Proletarier Italiens, für den sofortigen Anschluß an die Komintern.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Faschismus

Die faschistische Welle in den Vereinigten Staaten.

Von I. Amter (New York).

** In einem Staat der Vereinigten Staaten herrscht Kriegszustand. Der Staat Oklahoma ist durch den Kampf zwischen dem Ku-Klux-Klan und dem Gouverneur Walton in höchster Erregung. Das Standrecht ist verhängt. Die Zeitungen unterstehen der Zensur. Vor den wichtigsten Gebäuden in Oklahoma City, der Hauptstadt des Staates, stehen Maschinengewehre. Der Gouverneur ist entschlossen, die Ku-Klux-Klan-Organisation, die bisher einen unerhörten Terror im Staate ausübte, niederzuschlagen. Aber der Ku-Klux-Klan hat die amerikanische Legion auf seiner Seite, und als der Gouverneur sich an den Kriegsminister der Vereinigten Staaten um Hilfe wandte, erhielt er keine Antwort, denn die Regierung der Vereinigten Staaten hat nicht die Absicht, den Ku-Klux-Klan zu unterdrücken. Im Gegenteil, sie ist daran interessiert, daß diese Organisation fortbesteht. Der Ku-Klux-Klan lehnt es ab, seine Organisation aufzulösen und will die Tagung der gesetzgebenden Körperschaft des Staates auch gegen den Willen des Gouverneurs erzwingen. Der Gouverneur will die Miliz zum Kampf gegen den Ku-Klux-Klan aufrufen. Der Ku-Klux-Klan behauptet aber, 90 Proz. der Miliz hinter sich zu haben.

Der Ku-Klux-Klan, die amerikanische Faschistenorganisation, hat in letzter Zeit außerordentlich zugenommen. So behauptet der Ku-Klux-Klan, im Staate Indiania 400 000 Mitglieder zu haben. Ein Einwohner von Texas erklärte kürzlich: „Es gibt keine Gerechtigkeit mehr in Texas, denn jeder Beamte, der in den letzten beiden Jahren in Texas gewählt wurde, ist Mitglied des Ku-Klux-Klan. Wer in Texas irgendein Geschäft betreiben will, muß entweder dem Klan beitreten oder er wird ausgehungert. Auch ich, der ich ein kleines Geschäft habe, mußte Mitglied des Klan werden, sonst wäre ich ruiniert worden. Tausende von Leuten sind in Texas in derselben Lage wie ich. In diesem Staat sind schon Hunderte von Personen ermordet worden, weil sie es wagten, den Klan zu bekämpfen. Die Beamten bemühen sich nicht, die Mörder zu finden, weil sie wissen, daß die Täter ihre Brüder im Klan sind. Die Angehörigen der Industriearbeiter der Welt (IWW.) werden gewöhnlich vom Ku-Klux-Klan im Gefängnis ermordet unter dem Vorwand, daß sie einen Fluchtversuch gemacht hätten. Die meisten Geistlichen gehören dem Klan an. Keine Zeitung darf etwas gegen den Klan schreiben. Als eine Zeitung in Texas es wagte, gegen den Klan Stellung zu nehmen, wurde ihr Gebäude mit Dynamit in die Luft gesprengt."

In Ohio, New York, Pennsylvania und New Jersey kam es schon zu bewaffneten Kämpfen zwischen dem Klan und seinen Gegnern. In manchen ländlichen Bezirken von Ohio sind mehr als 90 Proz. der erwachsenen Männer Mitglieder des Klan. Auch die Frauenorganisation des Klan „Kamelia" nimmt an Zahl stark zu. Die zwei bis drei Millionen Mitglieder, die gegenwärtig der Ku-Klux-Klan umfaßt, sind eine furchtbare faschistische Organisation in den Vereinigten Staaten.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei, GmbH., Berlin SW. 48.